

Pflichtinformationen gem. Art. 13 DSGVO

zur Verarbeitung Ihrer Daten im Rahmen unseres Hinweisgebersystems

Der Schutz personenbezogener Daten unserer Hinweisgeber ist uns ein wichtiges Anliegen. Deshalb verarbeiten wir personenbezogene Daten in Übereinstimmung mit den anwendbaren Rechtsvorschriften zum Schutz personenbezogener Daten und zur Datensicherheit.

I. Kontaktdaten des Verantwortlichen

Der Verantwortliche im Sinne der Datenschutz-Grundverordnung und anderer nationaler Datenschutzgesetze der Mitgliedsstaaten sowie sonstiger datenschutzrechtlicher Bestimmungen ist:

ParkHotel Kolpinghaus Fulda Betriebs GmbH

Geschäftsführer: Steffen Kempa

Goethestraße 13

36043 Fulda

Deutschland

Tel.: 0661 8650-0

Fax: 0661 8650-111

E-Mail: info@parkhotel-fulda.de

Website: www.parkhotel-fulda.de

II. Kontaktdaten des (externen) Datenschutzbeauftragten

Der Datenschutzbeauftragte des Verantwortlichen ist:

BerIsDa GmbH

Rangstraße 9

36037 Fulda

Deutschland

Tel.: +49 661 29698090

E-Mail: datenschutz@berisda.de

Website: www.berisda.de

III. Beschreibung der Verarbeitung

1. Beschreibung und Umfang der Datenverarbeitung

Über unsere interne Meldestelle bieten wir Ihnen die Möglichkeit mit uns in Verbindung zu treten und mögliche Hinweise zu Compliance- und Rechtsverstößen zu melden.

Wir verwenden die von Ihnen im Rahmen unseres Hinweisgebersystems angegebenen Informationen zum Zweck der Überprüfung und Dokumentation der Meldungen sowie für interne und externe Ermittlungen (einschließlich der Weitergabe an externe Rechtsanwälte, Wirtschaftsprüfer oder andere berufsrechtlich zur Verschwiegenheit verpflichtete Berufsträger) und ggf. zur Weitergabe an staatliche Stellen.

Sie können Ihren Hinweis ohne Angabe von personenbezogenen Daten an die Meldestelle geben.

Wenn Sie Ihre Identität gegenüber der Meldestelle offenlegen, gelten die nachfolgenden Datenschutzinformationen. Wir verarbeiten nur Daten, die Sie uns aktiv und freiwillig mitteilen.

Pflichtinformationen gem. Art. 13 DSGVO

zur Verarbeitung Ihrer Daten im Rahmen unseres Hinweisgebersystems

Sie müssen keinen Namen und keine Kontaktdaten angeben – Ihr Hinweis wird dennoch geprüft und bearbeitet. **Wir sichern allen Hinweisgebern eine vertrauliche Bearbeitung zu.**

Die **Bereitstellung** Ihrer personenbezogenen Daten ist weder gesetzlich noch vertraglich vorgeschrieben und ist für das Geben eines Hinweises auch nicht erforderlich. Das Geben eines Hinweises kann auch anonym erfolgen. Eine Verpflichtung zur Bereitstellung Ihrer personenbezogenen Daten besteht nicht. Die Nichtbereitstellung kann jedoch dazu führen, dass wir Sie nicht über den Verlauf der Ermittlung informieren können und gegebene Hinweise nicht ausreichend verfolgt bzw. aufgearbeitet werden können, bspw. weil für das Ergreifen von Folgemaßnahmen die Offenlegung Ihrer Identität auf Grundlage einer Einwilligung notwendig wäre oder die Abfrage weiterer Informationen notwendig ist.

Zur Verarbeitung der von Ihnen überlassenen Daten kommt **keine vollautomatisierte Entscheidungsfindung** (einschließlich Profiling) gem. Art. 22 DSGVO zum Einsatz.

2. Rechtsgrundlage der Verarbeitung

Rechtsgrundlage für die Verarbeitung ist Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. c DSGVO, § 10 ff. HinSchG zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung, der der Verantwortliche unterliegt.

Die Verarbeitung besonderer Kategorien personenbezogener Daten durch die Meldestelle erfolgt auf Grundlage von § 10 HinSchG iVm Art. 9 Abs. 2 DSGVO. Der Verantwortliche ist befugt personenbezogene Daten zu verarbeiten, wenn dies zur Erfüllung der Aufgaben aus §§ 13 und 14 HinSchG notwendig ist.

Rechtsgrundlage für die Verarbeitung der Daten und die Weitergabe Ihrer Identität ist das Vorliegen einer Einwilligung des Hinweisgebers gemäß Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. a DSGVO, Art. 9 Abs. 2 lit. a DSGVO, §§ 9 Abs. 3, 11 Abs. 2, 16 Abs. 3 HinSchG. Nach Widerruf Ihrer Einwilligung erfolgt eine Speicherung zu Nachweiszwecken und Abwehr von Haftungsansprüchen (Speicherung des Widerrufs) auf Grundlage von Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. f DSGVO.

Die Verarbeitung der Daten innerhalb unseres Systems [„Name des Systems“] erfolgt auf Grundlage von Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. f DSGVO.

3. Zweck der Verarbeitung

Die Verarbeitung der personenbezogenen Daten dient der Einhaltung der gesetzlichen Anforderungen des Hinweisgeberschutzgesetzes (HinSchG). Wir verwenden die von Ihnen im Rahmen unseres Hinweisgebersystems angegebenen Informationen zum Zweck der Überprüfung und Dokumentation (§ 11 HinSchG) der Meldungen sowie für interne und externe Ermittlungen. Darüber hinaus kann unter den Voraussetzungen des § 9 Abs. 1 und 2 HinSchG eine Weitergabe an zuständige Stellen erfolgen.

Wenn Sie uns eine Einwilligung zur Weitergabe Ihrer Identität erteilt haben, geben wir Informationen über Ihre Identität zur Ergreifung von Folgemaßnahmen an die entsprechenden Stellen weiter (§ 9 Abs. 3 HinSchG). Dies gilt auch für den Fall, dass wir eine Einwilligung von Personen, die Gegenstand einer Meldung sind und von sonstigen in der Meldung genannten Personen, erhalten haben (§ 9 Abs. 4 HinSchG). Wir informieren Sie bzw. die betreffenden Personen über diese Weitergabe gesondert beim Einholen der Einwilligung. Die Speicherung Ihres Widerrufs erfolgt, um ehemals gegebene Einwilligungen auch nach Widerruf nachweisen zu können und somit etwaige Haftungsansprüche abzuwehren.

Verarbeitung erfolgt, um Ihnen einen geschützten Kommunikationsweg anzubieten, die Annahme von Hinweisen zu ermöglichen und zu vereinfachen, die Koordination der Hinweise und die Bearbeitung sowie die Verfolgung zu organisieren und zu optimieren, sowie zum Schutz der Sicherheit unserer Hinweisgeber und zur Minimierung von Sicherheitsrisiken. Darüber hinaus können Hinweisgeber, die anonym einen Hinweis an uns geben, vollständig anonym bleiben und trotzdem über den Verlauf der Daten informiert werden. In diesen Zwecken liegt auch unser berechtigtes Interesse in der Verarbeitung der personenbezogenen Daten nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. f DSGVO.

Pflichtinformationen gem. Art. 13 DSGVO

zur Verarbeitung Ihrer Daten im Rahmen unseres Hinweisgebersystems

4. Dauer der Verarbeitung und Speicherung, Widerspruchs-, Widerrufs- und Beseitigungsmöglichkeit

Die über das Hinweisgebersystem erhobenen personenbezogenen Daten sowie die Dokumentation werden drei Jahre nach Abschluss des Verfahrens gelöscht (§ 11 Abs. 5 HinSchG).

Darüber hinaus erfolgt die Verarbeitung der von Ihnen überlassenen Daten so lange, wie sie durch gesetzliche Vorgaben vorgesehen ist oder für die Einhaltung von Aufbewahrungspflichten oder den Nachweis der Einhaltung von Hinweis- und Informationspflichten notwendig ist.

Sie haben das Recht, Ihre datenschutzrechtliche Einwilligungserklärung jederzeit zu widerrufen. Durch den Widerruf der Einwilligung wird die Rechtmäßigkeit, der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung nicht berührt. Sie können den Widerruf per E-Mail oder per Post an den Verantwortlichen übermitteln. Nach dem Entfall des Zweckes oder Ihres Widerrufs bzw. Rückzug Ihrer Einwilligung werden die von Ihnen überlassenen Daten zur Einhaltung gesetzlicher Aufbewahrungspflichten oder aufgrund unserer berechtigten Interessen verarbeitet. Wir können darüber hinaus widerrufene Einwilligungen auf Grundlage unseres berechtigten Interesses bis zu drei Jahre speichern, um eine ehemals gegebene Einwilligung auch nach Widerruf nachweisen zu können. Sie können der Speicherung widersprechen, sofern Ihre Interessen unser berechtigtes Interesse überwiegen.

Falls Sie freiwillig Angaben zu Ihrer Identität gemacht haben, besteht jederzeit die Möglichkeit, der Verarbeitung der personenbezogenen Daten für die Zukunft zu widersprechen. In dem Fall werden die erhobenen personenbezogenen Daten zu dem gemeldeten Vorfall anonymisiert, sodass keinerlei Rückschlüsse mehr auf die Identität des Meldenden gezogen werden können. Alle personenbezogenen Daten, die im Zuge der Kontaktaufnahme gespeichert wurden, werden in diesem Fall gelöscht. Der Vorfall wird insoweit in anonymisierter Form weiter untersucht.

5. Empfänger der Daten

Innerhalb unseres Unternehmens erhalten diejenigen Stellen und Bereiche Zugriff auf Ihre personenbezogenen Daten, die diese zur Erfüllung unserer gesetzlichen Pflichten bzw. der o.g. Zwecke benötigen und die zur Verarbeitung dieser Daten berechtigt sind. Dies sind insb. die Geschäftsführung, der Datenschutzbeauftragte, die Personalabteilung und die Meldestelle.

Im Rahmen unserer Leistungserbringung beauftragen wir Auftragsverarbeiter, die zur Erfüllung der vertraglichen Pflichten beitragen. Wir arbeiten mit Dienstleistern, wie beispielsweise Dienstleistern für IT-Wartungsleistungen, zusammen (sog. Auftragsverarbeiter). Diese Dienstleister werden nur nach unserer Weisung tätig und sind vertraglich auf die Einhaltung der geltenden datenschutzrechtlichen Anforderungen verpflichtet. Dazu schließen wir schriftlich entsprechende Auftragsverarbeitungsverträge mit diesen Dienstleistern ab. Hierbei handelt es sich um einen datenschutzrechtlich vorgeschriebenen Vertrag, der gewährleistet, dass unsere Dienstleister die verarbeiteten personenbezogenen Daten nur nach unseren Weisungen und unter Einhaltung der datenschutzrechtlichen Bestimmungen (DSGVO, BDSG, usw.) verarbeiten.

Im Zusammenhang mit der oben beschriebenen Datenverarbeitung erfolgt eine Weitergabe und Verarbeitung der Daten durch [whistle.law GmbH, Georgenstraße 27, 82054 Sauerlach, einem Anbieter für ein Hinweisgeber-System. Wir haben mit diesem ebenfalls einen Vertrag über Auftragsverarbeitung geschlossen.

Wir übermitteln gegebenenfalls personenbezogene Daten an staatliche Stellen (wie Polizei, Staatsanwaltschaft, Gerichte oder Aufsichtsbehörden) oder an externe Rechtsanwälte, Wirtschaftsprüfer oder andere berufsrechtlich zur Verschwiegenheit verpflichtete Berufsträger, soweit hierfür nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. c DSGVO eine gesetzliche Verpflichtung besteht oder nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. f DSGVO zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen erforderlich ist und kein Grund zu der Annahme besteht, dass unsere Hinweisgeber ein überwiegendes schutzwürdiges Interesse an der Nichtweitergabe der Daten haben. Wenn Informationen über die Identität einer hinweisgebenden Person oder über

Pflichtinformationen gem. Art. 13 DSGVO

zur Verarbeitung Ihrer Daten im Rahmen unseres Hinweisgebersystems

sonstige Umstände, die Rückschlüsse auf die Identität dieser Person erlauben, an Strafverfolgungsbehörden oder aufgrund gerichtlicher Entscheidungen erfolgen, informieren wir Sie vorab über diese Weitergabe und teilen Ihnen die Gründe für die Weitergabe mit, sofern die zuständige Behörde oder das Gericht nicht mitgeteilt hat, dass durch die Information die entsprechenden Ermittlungen, Untersuchungen oder Gerichtsverfahren gefährdet würden.

Die Weitergabe erfolgt, wenn möglich, ohne Angabe personenbezogener Daten.

6. Datenübermittlung an Drittländer

Eine Übermittlung der von Ihnen überlassenen Daten an ein Drittland oder eine internationale Organisation erfolgt in keinem Fall. Sollten Sie im Einzelfall eine weitere Übermittlung der von Ihnen überlassenen Daten an ein Drittland oder eine internationale Organisation wünschen, führen wir dies nur nach Ihrer schriftlichen Einwilligung durch.

IV. Rechte der betroffenen Person

Wenn wir personenbezogene Daten von Ihnen verarbeiten, haben Sie als Betroffener folgende Rechte gegenüber uns als Verantwortlichen:

1. Recht auf Auskunft, Art. 15 DSGVO

Sie haben im Rahmen der geltenden gesetzlichen Bestimmungen jederzeit das Recht auf (unentgeltliche) Auskunft über Ihre erhobenen und gespeicherten personenbezogenen Daten. Dazu gehört u.a. auch die Auskunft über deren Verarbeitungszwecke, deren Herkunft und Empfänger, die Speicherdauer sowie das Bestehen verschiedener Rechte.

2. Recht auf Berichtigung, Art. 16 DSGVO

Sie haben gegenüber dem Verantwortlichen ein Recht auf Berichtigung (auch im Sinne einer Vervollständigung) Ihrer Daten, sofern die verarbeiteten personenbezogenen Daten, die Sie betreffen, unrichtig oder für den Zweck der Verarbeitung unvollständig sind. Der Verantwortliche hat die Berichtigung unverzüglich vorzunehmen.

3. Recht auf Löschung, Art. 17 DSGVO

Sie können unter den Bedingungen des Art. 17 DSGVO jederzeit die Löschung Ihrer personenbezogenen Daten verlangen, es sei denn, dass noch Umstände zum Tragen kommen, die den Verantwortlichen berechtigen oder verpflichten, Ihre personenbezogenen Daten weiterhin zu verarbeiten (wie bspw. gesetzliche Aufbewahrungspflichten).

4. Recht auf Einschränkung der Verarbeitung, Art. 18 DSGVO

Bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen können Sie im Umfang von Art. 18 DSGVO eine Einschränkung der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten verlangen.

5. Recht auf Datenübertragbarkeit, Art. 20 DSGVO

Haben Sie uns personenbezogene Daten bereitgestellt, und erfolgt eine automatisierte Verarbeitung auf Grundlage Ihrer Einwilligung oder auf Grundlage eines Vertrags so haben Sie im Umfang von Art. 20 DSGVO ein Recht auf Übertragung der von Ihnen bereitgestellten Daten, sofern dadurch nicht die Rechte und Freiheiten anderer Personen beeinträchtigt werden. Die Bereitstellung erfolgt in einem gängigen, maschinenlesbaren Format. Sofern Sie die direkte Übertragung der Daten an einen anderen Verantwortlichen verlangen, erfolgt dies nur, soweit es technisch machbar ist.

6. Widerspruchsrecht, Art. 21 DSGVO

Sie haben das Recht, im Umfang von Art. 21 DSGVO gegen eine Verarbeitung Widerspruch zu erheben, soweit die Datenverarbeitung zum Zwecke der Direktwerbung oder des Profilings erfolgt. Einer Verarbeitung auf Grund einer Interessenabwägung können Sie unter Angabe von Gründen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben, widersprechen.

Pflichtinformationen gem. Art. 13 DSGVO

zur Verarbeitung Ihrer Daten im Rahmen unseres Hinweisgebersystems

7. Recht auf Widerruf Ihrer Einwilligung, Art. 7 Abs. 3 DSGVO

Sie haben das Recht, Ihre datenschutzrechtliche Einwilligungserklärung jederzeit zu widerrufen. Die Rechtmäßigkeit der bis zum Widerruf erfolgten Datenverarbeitung bleibt vom Widerruf unberührt. Sie können den Widerruf per E-Mail oder per Post an den Verantwortlichen übermitteln.

8. Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde

Unbeschadet eines anderweitigen verwaltungsrechtlichen oder gerichtlichen Rechtsbehelfs steht Ihnen das Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde für den Datenschutz, insbesondere in dem Mitgliedstaat Ihres Aufenthaltsorts, Ihres Arbeitsplatzes oder des Orts des mutmaßlichen Verstoßes, zu, wenn Sie der Ansicht sind, dass die Verarbeitung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten gegen die DSGVO verstößt.

Die für uns zuständige Aufsichtsbehörde ist Der Hessische Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit. Wenn Sie sich in einem anderen Bundesland oder nicht in Deutschland aufhalten, können Sie sich aber auch an die dortige Datenschutzbehörde wenden.